



CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

**Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg**

**Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2907
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de**

**ts/ 26.1.09
Frieser**

**Stadtratssitzung am 28.1.09/ TOP 9.a: Auswirkungen der Finanzkrise - Chance für die
kommunale Infrastruktur**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vom Konjunkturpaket II der Bundesregierung entfallen inklusive Kofinanzierungsmitteln von Staat und Kommunen auf den Freistaat Bayern gut 1,9 Milliarden Euro, die im wesentlichen für dauerhaft wirksame Investitionen der öffentlichen Hand in Bildung und Forschung (zu fast zwei Drittel) und Infrastruktur eingesetzt werden sollen. Für die Stadt Nürnberg sind gut 50 Millionen Euro vorgesehen. Als Kriterien für die Mittelvergabe wurden u. a. festgelegt, dass es sich um zusätzliche Maßnahmen handeln muss, die von der Kommune kofinanziert werden müssen und bis 2011 realisierbar sind.

Vor diesem Hintergrund stelle ich für die CSU-Stadtratsfraktion zur Behandlung im Stadtrat am 28.1.09 zu TOP 9.a deshalb folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung legt einen Katalog von Maßnahmen vor, der der o. g. Schwerpunktsetzung auf Bildung und Infrastruktur entspricht und kriterienkonform ist. Dabei sind vor allem Bereiche besonders zu berücksichtigen, die überfällige Investitionen in bestehende Gebäude ermöglichen:

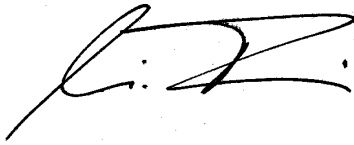
a) Vorrangig werden Sanierungen der Schulgebäude in den Katalog aufgenommen, z. B. Fensteraustausch, Dacherneuerungen und Toilettensanierungen an Schulen

b) Ein Sonderprogramm zur Sanierung besonders von der Winterwitterung in Mitleidenschaft gezogener Straßen („Schlaglochinitiative“)

2. Die Verwaltung erhält den Auftrag, zu prüfen, ob zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen entlang des Frankenschnellwegs parallel zum Stadtteil Werderau mit dem Sonderprogramm im Vorgriff auf den Ausbau des FSW ermöglicht werden können.

3. Die Verwaltung stellt dar, wie ggf. eingesparte Eigenanteile in bestehende und neue Projekte in den genannten Schwerpunktbereichen Bildung und Infrastruktur eingesetzt werden können, um die Investitionen in Nürnberg als Wirtschaftsimpuls zusätzlich zu stärken. Die Verwaltung wird konsequent beauftragt, über den Bayerischen und den Deutschen Städtetag darauf hinzuwirken, dass das Kriterium der Zusätzlichkeit bei der Mittelvergabe in der Verwaltungsvereinbarung Bund – Länder in diesem Sinne formuliert wird. Die derzeitige Formulierung des Bundesfinanzministeriums würde in Nürnberg jede Nutzung des Konjunkturpaketes verhindern und damit den stimulierenden Effekt des Konjunkturpaketes von vornherein schmälern.

Mit freundlichen Grüßen



**Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender**